

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

9. Woche für die Zeit vom 22. bis 28. Februar 1896.

Posen, 2. März 1896.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 45 des Dziennik Poznański
vom 23. Februar 1896:

Der 35. Geschäftsbericht des Vereins zur Unterstützung der (polnischen) Wirthschaftsbeamten im Großherzogthum Posen für das Jahr 1895.

Zu der am 1. März stattfindenden Generalversammlung des Vereins zur Unterstützung der Wirthschaftsbeamten im Großherzogthum Posen veröffentlichte der Vereinsvorstand den Geschäftsbericht, welchem wir Folgendes entnehmen: Der Verein zählte 173 wirkliche und 201 Ehrenmitglieder zusammen 374 Mitglieder. Das Tagebuch für 1895 weist 517 Eingänge nach. An die Geschäftsstelle des Vereinsvorstandes wendeten sich wegen Verschaffung von Wirthschaftsbeamten 38 Besizer, und 40 Beamte suchten Stellen. Durch Vermittelung des Vereinsvorstandes wurden 13 Wirthschaftsbeamte untergebracht. Das Hauptfassenbuch wies bei Abschluß der Bücher für das Jahr 1895 folgenden Hauptfassenbestand nach:

Einnahme.	
Rest aus dem Jahre 1894	3 168,80 Mk.
Beiträge:	
a) Einschreibgebühren	180,—
b) von wirklichen Mitgliedern	1 329,45
c) von Ehrenmitgliedern	1 437,—
zusammen	2 946,45 Mk.
Zinsen:	
a) von Werthpapieren	1 603,—
b) von Hypotheken	1 710,—
zusammen	3 313,— Mk.
Außerordentliche Einnahmen	146,32 "
Ausgabe.	
Für Unterstützungen	135,—
" Ruhegehälter	4 834,71
Verwaltungskosten	878,53
Die Gesamtansgaben betragen	6 205,54 Mk.
Das Vereinsvermögen besteht aus:	
a) dem eisernen Bestand von	83 000,— Mk.
b) dem Dispositionsfonds	7 132,03 "
c) den Mitteln für das Asylhaus	1 483,05 "
d) den Mobilien und Geräthen	250,— "
zusammen	92 665,08 Mk.

Der Dispositionsfonds hat sich vergrößert um 200,23 Mk.
Der Fonds für das Asylhaus um 135,— "
Das Vereinsvermögen um 335,23 "

Der Vereinsvorstand besteht aus den Herren: Dr. Thad. Szuldrzynski-Bolechowo bei Dwinsk; Joseph Lukomski-Wielkibor bei Zutroschin; Vinzent Niemojowski-Jedlee bei Plesehen.

Den Aufsichtsrath bilden: Graf Awilecki-Dobrojewo bei Bronke, Vorsitzender; Philipp Skoraczewski-Bagatella bei Miloslaw, stellvertretender Vorsitzender; Anselm Tomaszewski-Pamiontkowo; Dr. Julian von Chelmicki-Zydowo bei Gnesen; Valentin Magowski-Neustadt i. P.; T. Eulenfeld-Wreschen; Sigismund von Kurnatowski-Przysieka.

Kassenkurator ist Graf von Awilecki-Dobrojewo. Vereinschriftführer, zu dessen Händen alle Anträge u. zu richten sind, ist Kasimir von Kozutski in Posen.

Aus Nr. 44 des Dziennik Poznański
vom 22. Februar 1896:

Betrifft die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe.

Der Bund der deutschen Landwirthe, dessen mehr dem chauvinistischen Bestrebungen vor einigen Wochen anlässlich der Berathungen über den Antrag Kanitz und demnächst über die Erklärung des Reichskanzlers in Betreff der Münzkonferenz eine scharfe Abfertigung seitens der Herren Minister Freiherr von Marschall und von Hammerstein erfuhren, hielt vor einigen Tagen seine dritte Generalversammlung ab, an welcher sich mehrere Tausende von Bundesmitgliedern theiligten. Obwohl wir weit entfernt sind, aus dem Umstande, daß die Versammlung im Zirkus Busch stattfand, nach dem Beispiele deutscher Blätter billige Witze über daselbst aufgetretene agrarpolitische Clowns zu machen, müssen wir doch auf Grund unparteiischer Berichte zugeben, daß der in der vorerwähnten Versammlung herrschende Ton derjenigen Ruhe und Würde nicht entsprach, welche eine Versammlung dieser Art kennzeichnen müßte. Man kann es verstehen und bis zu einem gewissen Grade es sich erklären, daß die in ihre Forderungen, sowie in die zur Durchführung derselben betriebene Bewegung bzw. Agitation verrannte Versammlung und deren Mitglieder sich in Folge der Enttäuschungen, welche sie seitens der Regierung erfahren hatten, betroffen und enttäuscht fühlen durften, daß Aeußerungen, wie

„demagogische, unpassende und gefährliche Agitation“ sie beleidigen konnten, daß sie endlich, trotz der unterschiedenen, seitens der Regierungsvertreter ihnen zu Theil gewordenen Zurückweisung in gutem Glauben hätten bei ihrer Ueberzeugung bleiben können. Die vielen in der Versammlung gehaltenen Reden zeugten jedoch nicht von gutem Glauben und unerschütterlicher Ueberzeugung, sondern es kamen in derselben agitatorische merkwürdige Bestrebungen ans Tageslicht, welche man als Demagogie oder Intrigue bezeichnen kann . . .

In dem Bericht über den weiteren Verlauf der Versammlung hebt der Dziennik Poznański hervor, daß die Ausführungen des Bundesvorsitzenden v. Plöz und des Dr. Suchsland einen gewissen Stillstand in der Entwicklung des Bundes, namentlich in finanzieller Beziehung, da die Beiträge spärlich eingingen, verriethen; die Hauptschuld wurde jedoch dem Widerstande der Regierung gegen den Antrag Kaniz und gegen die Einführung der Doppelwährung zugeschrieben, welche großen Hilfsmittel, neben der Börsenreform, nach Ansicht der Redner der bedrängten Landwirthschaft einzig und allein unter die Arme greifen könnten, und für deren Durchbringung der Bund der Landwirthe mit allen Kräften sorgen werde. Ferner hätten — nach Ansicht des Dziennik Poznański — einzelne Redner den Landwirthschaftsminister in geradezu beleidigenden Gleichnissen als seiner Aufgabe nicht gewachsen hingestellt, sei die Form, in der man die Person des Grafen v. Caprivi in die Debatte gezogen habe, eine grobe und ungezogene zu nennen, habe keiner der zahlreichen Redner auch nur den Versuch gemacht, durch nüchterne Darlegungen, die in fieberhafte und lärmende Stimmung hineingerathenen Bundesmitglieder zur Besinnung zu bringen und habe der Vorsitzende von Plöz es nicht gewollt oder nicht verstanden, die leidenschaftliche Erregung zu zügeln und die oftmals den Anstand verletzenden Ausschreitungen zu rügen.

„Abgesehen jedoch von der äußeren Form, in welcher sich die Berathungen vollzogen und die keine andere sein konnte, als der Vorrath an Anstand und gutem Ton, über den die Koryphäen dieses Bundes gebieten, zuließ, verdient etwas noch größere Beachtung, das ist das aus den Rathschlägen und Ansprachen einzelner Theilnehmer zu Tage tretende Lüstchen oder der Anfang einer politischen Intrigue, die darauf hinielte, die betreffende Sache so hinzustellen, als Stimme der Monarch in seiner Ueberzeugung mit den Absichten des Bundes der Landwirthe überein und als müsse man sein Streben dahin richten, den Bund der Landwirthe und dessen Vertreter, d. i. die konservative Partei, in den gesetzgebenden Körperschaften als eine Macht hinzustellen, auf welche sich der Kaiser und König stützen könne, um den für das Land so verderblichen Widerstand der Minister zu bekämpfen. Andererseits gab man sich Mühe, den Bund als die Vertretung der Bauernschaft und demzufolge als die kräftige Grundlage des Staates hinzustellen, während man doch weiß, daß der Bund der Landwirthe hauptsächlich nur aus Großgrundbesitzern, der Bundesvorstand fast ausschließlich aus solchen besteht und die deutschen Bauern mit wenigen Ausnahmen diese Vertreterschaft der Landwirthe mit sehr zweifelnden Blicken betrachten, ja sich sogar zum größeren Theil von derselben fern halten . . . Die gesammte Aktion ist als ein Versuch anzusehen, sich Muth einzuflößen angesichts der zu Tage tretenden Abkühlung und Gleichgültigkeit gegenüber einer Agitation, die dort keine Unterstützung findet, wo man sie zu finden erwartet hatte. Und unter solchen Verhältnissen wird

auch die schlecht verhüllte politische Intrigue trotz des patriotischen Aufrufs, mit welchem Herr v. Plöz die Versammlung schloß, wohl zu Wasser werden.“

Mus Nr. 42 des Dziennik Poznański
vom 20. Februar 1896:

Die Grundsätze der hiesigen Simultanschulen den Kindern aus Mischehen gegenüber.

Mus der Stadt (Posen), den 18. Februar.

Bekanntlich haben die Eltern laut Landrecht das Recht der Entscheidung über die religiöse Erziehung ihrer Kinder sowohl zu Hause, als auch in der Schule. Es ist nicht gestattet, daß sich hierin eine dritte Person einmische. Erst nach vollendetem 14. Lebensjahre darf das Kind in dieser Beziehung über sich selbst Entscheidung treffen. Die Kinder aus Mischehen sollen der Regel nach in dem Glauben des Vaters erzogen werden; im Falle jedoch eines einmüthigen Uebereinkommens steht deren Erziehung in dem Glaubensbekenntniß der Mutter nichts im Wege. In den Posener Simultanschulen, welche vorwiegend unter dem Einfluß protestantischer Rektoren und des Kreisschulinspektors stehen, der, obgleich er Katholik ist, seine Kinder protestantisch erziehen läßt, richtet man sich nach der Praktik, daß, sobald ein Kind aus einer Mischehe zum Protestantismus angemeldet wird, gleichviel ob der Vater desselben Protestant und die Mutter Katholikin ist oder umgekehrt, die Rektoren gar keine Hindernisse in den Weg legen und auch keine protokolllarische Erklärung der Eltern fordern. Anders verhält sich aber die Sache, wenn ein aus einer Mischehe entsprossenes Kind als ein katholisches angemeldet wird, man giebt sich in diesem Falle Mühe, die Eltern von dieser Absicht abzubringen, die protestantische Ehehälfte zu beeinflussen, bei einem entschiedenen Verbleiben bei der einmal kundgegebenen Absicht, jedoch wird von dem protestantischen Vater eine schriftliche Erklärung in der Sache verlangt. Bei einem derartigen ungleichmäßigen Verfahren ist natürlich die protestantische Konfession im Vortheil. Zur Veranschaulichung der Praktik der hiesigen Simultanschulen in Betreff der religiösen Erziehung der Kinder aus Mischehen will ich von den vielen Fällen nur zwei Beispiele anführen.

Der Arbeiter Johann Labicki, evangelischen Glaubens, gelobte, als er sich mit der katholischen Margarethe geb. Szynka verheirathete, seine Kinder im katholischen Glauben zu erziehen. Alle fünf aus dieser Ehe entsprossene Kinder wurden denn auch in der katholischen Kirche getauft und zu Hause katholisch erzogen. Die Schule richtete sich bei dem ältesten, nunmehr 21 Jahre zählenden Sohne Stanislaus nach dem Willen der Eltern, die nächstfolgenden Kinder aber, den Franz und die Emilie trug sie bereits als deutsch-katholisch ein. Dieselben beendeten ebenfalls die Schule. Das vierte Kind Marie meldete die Mutter als eine Katholikin an, doch der Rektor war anderer Ansicht und trug die Konfession des Mädchen als evangelisch ein. Die Büttelstraße Nr. 3 wohnende Mutter Margarethe Labicka berief sich darauf, daß ihr Mann, der bereits seit drei Jahren sich auswärts auf Arbeit befindet und seinen Aufenthaltsort nicht angiebt, sich mit der katholischen Erziehung seiner Kinder einverstanden erklärt habe, wofür doch der beste Beweis die Taufe derselben in der katholischen Kirche sei, daß ferner alle Kinder mit seinem Willen

zu Hause eine katholische Erziehung erhielten und auch den Gottesdienst in der katholischen Kirche besuchten. Die Mutter, welche ihre älteren Kinder katholisch erzogen hatte, kann die Marie mit den Grundsätzen der protestantischen Religion nicht bekannt machen, weil ihr dieselben gänzlich unbekannt sind. Die den Willen der Eltern nicht achtende Schulpraktik ist in vorliegendem Falle unerklärlich. Das, nebenbei bemerkt, nur sehr gebrochen deutsch sprechende Kind befindet sich deshalb trotz seiner 9 Lebensjahre immer noch in der untersten Klasse und schlägt einfach die Zeit in den protestantischen Religionsstunden todt. Nun aber noch ein zweites Beispiel. Die IV. Klasse der Schule an der Kleinen Gerberstraße besucht die Schülerin Kliniecka. Da beide Eltern des Mädchens katholische Polen waren, besuchte dasselbe den in polnischer Sprache erteilten Religionsunterricht. Zum Unglück starb der Vater und die Mutter heirathete den Klempnermeister Hennig in der Schuhmacher-Straße Nr. 16, welcher ein Protestant ist. In diesen Tagen beantragte zc. Hennig bei Herrn Schwalbe, daß seine Stieftochter Stanisława Kliniecka in der Schule im protestantischen Glauben erzogen werde. Der Herr Schulinspektor erfüllte den Wunsch des Stiefvaters und überwies das Mädchen aus der katholischen der protestantischen Religionsabtheilung. Auf welche rechtliche Grundlage gestützt, traf der Herr Inspektor diese Entscheidung? Selbstverständlich erklärte das Kind dem Rektor, daß es sich dem Willen des Stiefvaters fügen werde. Genügt das aber zu einem so wichtigen Schritt? Das Mädchen befindet sich ja erst im zehnten Lebensjahre. Dieser Sachen müßte sich unsere Kirchenbehörde annehmen. Einem derartigen Verfahren müßte doch ein Ende gemacht werden. In den hiesigen Simultanschulen geschehen viele Dinge, welche nicht nur in nationaler, sondern auch in religiöser Hinsicht uns zum Nachtheil gereichen und doch kümmern wir uns so wenig um dieselben. Das ist schlimm! —

Aus Nr. 44 des Dziennik Poznański
vom 22. Februar 1896:

H.-K.-Z.

Ein unserem Blatte wohlwollender Leser schickte uns folgende unwürdige und charakteristische Bekanntmachung, welche lithographirt von dem königlichen Baubeamten an der königlichen Wasserbauinspektion in Czarnikau und Hauptanführer sowie Vorsitzenden der von ihm organisirten H.-K.-Z.-Genossenschaft, Herrn Marten, im ganzen Kreise versendet wurde:

„Es hat sich in Czarnikau als zweiter deutscher Arzt Herr Dr. Wordell niedergelassen. Derselbe ist mir als tüchtiger, energischer Arzt bekannt und bitte ich, denselben bei eintretenden Krankheiten mit heranzuziehen, bezüglich für dessen Inanspruchnahme auch seitens Nichtmitglieder thunlichst sich bemühen zu wollen.“

Vor allen Dingen kommt es darauf an, den beiden deutschen Ärzten eine möglichst weitgehende Praxis zu schaffen. Hierfür zu sorgen und sich zu bemühen ist Ehrensache für jeden Deutschen.

Dr. Wordell wohnt in der Posenerstraße, Krucz's Hotel.

Czarnikau, den 8. Februar 1896.

Marten.“

Der Führer der Czarnikauer H.-K.-Zisten dachte nicht daran, daß man Kranke weder polnisch noch

deutsch, sondern ärztlich behandelt, und daß dieselben in der Stadt Czarnikau und deren Umgegend nicht danach fragen werden, ob Herr Dr. Wordell „energisch“ ist, sondern sich fähige Ärzte auffuchen werden. Eine derartige Reklame kann einem Arzt nur schaden, denn nicht vertrauenerweckend ist ein Arzt, der sich derartiger amerikaniſcher Hilfsmittel bedient. Ueberdies beweist das Schreiben des Baumeisters Marten, daß die H.-K.-Zisten den Boykott polnischer Ärzte in großem Maßstabe betreiben. Das „Posener Tageblatt“ wird natürlich nicht einräumen, daß dies ein Boykott ist, in seinen Augen ist das „Schuß“ vor polnischem „Druck“.

Aus Nr. 43 des Goniec Wielkopolski
vom 21. Februar 1896:

Eine kleine Anfrage nach Gnesen.

Wie viel Familienväter polnischer und wie viel deutscher Nationalität giebt es in der Lech-Stadt? Wir möchten wohl wissen, ob das Komitee der neuen Schulvertretung durch die Wahl von drei neuen deutschen Mitgliedern sich nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung richtete, oder ob es eine unnöthige Großmuth bewiesen hat. Eine derartige Freigebigkeit wäre in den jetzigen Zeiten doppelter Ueberfluß. Wir eruchen um Antwort.

Aus Nr. 45 des Lech. Gazeta Gnieźnieńska
vom 23. Februar 1896:

Gründung eines neuen Vereins.

Bnin.

Hier wurde ein Verein polnisch-katholischer Arbeiter gegründet. Da der Herr Dekan durch die verschiedenen kirchlichen und sozialen Obliegenheiten überbürdet ist, konnte er das Amt eines Vorsitzenden in dem neugegründeten Verein nicht übernehmen; es wurde daher Herr Dr. Celichowski-Kurnik als solcher gewählt. Der Verein zählt zur Zeit 26 Mitglieder.

Aus Nr. 44 des Wielkopolanin
vom 22. Februar 1896:

Die Posener Schneider.

deren Zahl bedeutend ist, und unter denen es viele giebt, die für die Magazine fertiger Anzüge arbeiten, fühlen sich durch die allzu niedrigen Preise beeinträchtigt. Aus diesem Anlaß wollen sie in einer gemeinschaftlichen Versammlung einen Tarif beschließen, nach welchem ihnen für die gelieferten einzelnen Kleidungsstücke gezahlt werden soll. Auch die Schneiderinnen sollen nach dem Muster der Berliner und Breslauer höhere Löhne für ihre Arbeit verlangen. Künftigen Montag beabsichtigen die Interessenten, über die ferneren Schritte und die Festsetzung eines Lohn tarifs in einer gemeinsamen Versammlung zu berathen. Die Juden sollen ihre Arbeiter unerhört ausbeuten, indem sie so niedrige Preise zahlen, daß es dem Fleißigsten und Geschicktesten schwer ist, dabei durchzukommen.

Aus Nr. 46 des Kurjer Poznański
vom 25. Februar 1896.

Betrifft die Handfertigkeitsschulen.

An den Kreistag in Koschmin hat der Orts-
schulvorstand daselbst die Bitte gerichtet, ihm eine Sub-
vention für die Handfertigkeitsschule zu gewähren. Die
Bitte blieb unberücksichtigt, da die Wirths Kulaski und
Zmyslony aus Kaniewo mit dem Einwande dagegen
stimmten, daß solche Schulen hauptsächlich in den
Städten gegründet würden, während sie auf dem
Lande ebenfalls erforderlich wären. Wir halten die
Anschauung unserer Wirths zwar für durchaus
richtig, können jedoch ihr Verfahren nicht loben, da
ihnen doch Niemand verwehrt hat, auch für eine
ebensole Schule in Kaniewo eine Unterstützung zu
beantragen; auch ist es immer eine unangenehme
Sache, wenn in so wichtigen Angelegenheiten die
wenigen polnischen Stimmen sich spalten. Darüber
freuen sich die Deutschen sehr, und darunter leiden
gewöhnlich die armen Kinder, wenn wir ihnen in
einer so wichtigen Brot- und Lebensfrage die Hilfe
abspreschen.

Solche Schulen haben übrigens bisher auch
weder Krotoschin noch Ostrowo, da sich dort Niemand
daran bemüht. Für Gemeinden, welche sich mit
ihren Eingaben an die Kreistage um Subventionen
verspätet haben, oder welche in ihren Kreisen nicht
berücksichtigt worden sind, theilen wir mit, daß sie
ihre Bitte ungefähr in folgender Form an den
Provinzial-Landtag richten sollten:

An den XXX. Provinzial-Landtag zu Posen.

„Mit Bezug darauf, daß unsere Kinder im
Laufe des Winters zu wenig Beschäftigung haben,
beabsichtigen wir im nächsten Jahre den Hand-
fertigungsunterricht im Sinne des Abgeordneten Herrn
von Schenkendorf einzuführen und wurden deshalb bei
unserem Kreistage vorstellig, uns eine Unterstützung
von 400—500 Mark gewähren zu wollen. Unsere
Bitte wurde aber leider abschlägig beschieden. Wir
ersuchen daher Einen XXX. Provinzial-Landtag
hiermit ganz ergebenst, uns zu diesem Vorhaben ver-
helfen und eine Unterstützung von 400—500 Mark
gewähren zu wollen.“

Mit Hochachtung
ergebenster“

Schulvorstand 1.
2.
3.

Aus Nr. 44 des Dziennik Kujawski
vom 22. Februar 1896:

Achtung polnisch-katholische Arbeiter!

Sozialistische Agitatoren strecken trotz der wieder-
holt bei uns erfahrenen Enttäuschungen von Neuem
die Hände nach Euren Seelen, Euren Frieden, Euren
Wohlstand und Euren schwer erarbeiteten Groschen
aus. Von Neuem haben sie in unsrer Stadt Auf-
rufe vertheilt, die uns locken, an einer binnen Kurzem
abzuhaltenden Versammlung theilzunehmen. Laßt
Euch nicht mit süßen Worten ködern, damit Ihr nicht
später Eure Leichtgläubigkeit bitter zu bereuen braucht.
Der zur Vertheilung gelangte Aufruf stammt von
der Kommission der sozialistischen Fachvereine her,
die ihren Sitz in Hamburg hat und die polnischen
Arbeiter auffordert, recht zahlreich diesen Verbänden
beizutreten, da sie sich nur damit das Paradies auf
Erden schaffen könnten. Obgleich in schlechtem Polnisch

abgefaßt, enthält der Aufruf soviel verständliche Ver-
heißungen, daß mancher dadurch irre geführt werden
kann; darum betrachten wir es als unsere heilige
Pflicht, unsere Brüder aus dem Arbeiterstande zu
mahnen, Acht zu geben. . . . Wir hoffen, daß
auch diese Werbeversuche der sozialistischen Ausbeuter
Eure Vernunft nicht werden zu ersticken vermögen,
daß sie ebenso erfolglos bleiben werden, wie alle
früheren, daß das wackere kujawische Volk, das schon
so vielfach bewiesen hat, wie vernünftig es denkt,
auch diesmal die Spreu von dem Weizen unter-
scheiden wird und daß unsre Arbeiter diesen Herren
die verdiente Antwort geben werden.

Aus Nr. 8 des Przegląd Poznański
vom 23. Februar 1896:

Unser Programm.

II.

Wir schlossen unsern ersten Artikel mit der
Behauptung, daß wir nur auf die eigene Kraft
rechnen könnten, — und das ist unsre Lösung. Wir
bilden uns nicht ein, diese Wahrheit zuerst entdeckt
zu haben. Seit dem Augenblick der dritten Theilung
des Landes gab es Patrioten, waren stets auch ganze
Kreise verständiger Leute vorhanden, welche diese
Wahrheit verkündeten. Nach unsrer letzten Niederlage
hat dieselbe mehr als zu irgend einer anderen Zeit
an Beliebtheit gewonnen und selbst diejenigen, die
nicht an sie glaubten, stellten sich zu Zeiten unter
dem Drucke der Ansicht Vernünftiger als schenkten
sie ihr Glauben. Doch ist diese Wahrheit noch nicht
der Gesamtheit in Fleisch und Blut übergegangen.
Es gilt, sie ständig der Nation, die noch nicht Selbst-
erhaltungssinn genug hat, zu wiederholen, damit
dieselbe sich der drohenden Gefahr bewußt werde.
Wir müssen wie die Steppenbewohner ein gutes Ohr
und ein gutes Auge haben, die für Alles empfänglich
sind, was unsre nationale Existenz bedroht, und grade
diese Sinne fehlen unserm sozialen Organismus.
Gleich einer Strafe Gottes sind bei uns von Zeit zu
Zeit politische Richtungen aufgetaucht, welche leider
der Entfaltung dieser Sinne entgegenwirkten.

Manchem der Leser erscheint vielleicht der Hinweis
auf die Czechen banal; trotzdem glauben wir, daß
wir uns in der Frage betreffend die nationale Selbst-
hilfe noch nicht oft genug auf ihr Beispiel berufen.
In Böhmen ist der Adel auf dem Schlachtfelde sowie
unter dem Henkerschwert zu Grunde gegangen; was
geblieben ist, das ist eine Handvoll Spreu, losgelöst
vom gesunden Kern der Nation. Wenn wir jetzt
daselbst Bauern- und Bürgerlöhne ihre Nationalität
mit den Zähnen vertheidigen sehen, so kommt dies
daher, daß das Czechenvolk in dem Bewußtsein dessen,
daß es verwaist und von der Welt verlassen sei, im
Kampfe mit dem andrängenden Deutschthum sich
selbst vertraut und in diesem stillen, jedoch unauf-
hörlichen Ringen in sich eine wahrhaft hussitische
Geistesstählung und eine unerhörte Widerstandskraft
herausgebildet hat. An solchen Tugenden mangelt
es uns aus dem Grunde, weil unsre mit uner-
füllbaren Hoffnungen genährte Nation zum Theil das
Bewußtsein des Drohenden ihrer Lage verloren hat.

In der Volksbewegung, die sich in letzter Zeit
bei uns kundgab, erblickten wir die Ankündigung einer
gesunderen politischen Richtung. Schon der Umstand,
daß die Volkspartei, willens der Ausöhnungspartei
ein Gegengewicht zu bieten, auf ihre Fahne die
Lösung „nationale Selbsthilfe“ geschrieben hat im
Gegensatz zu der Lösung „Herrengunst“, hat sehr zur

Gesundung unseres politischen Denkens beigetragen. Selbst wenn wir als feststehend annehmen, daß jene Lösung von den Häuptern der Volkspartei nur aus taktischen Rücksichten, als eine *Art captatio benevolentiae* gegenüber den Massen ausgegeben worden ist, so beweist schon die Thatsache, daß diese Lösung populär geworden ist, wie die Führer den Weg zum Herzen unseres Volkes zu finden gewußt haben.

Im Gegensatz zu der ausgleichsparteilichen Presse haben wir in dieser Bewegung die Kundgebung eines sozialen Umsturzes erblickt. Wir haben oft und weitläufig darüber geschrieben. Wer bei der Beurtheilung dieser Bewegung mit dem Mikroskop operirt hat, dem sind natürlich unsympathische Einzelheiten zu Gesicht gekommen. Der Przegłond hat die neue Strömung, um dieselbe in ihrem ganzen Umfange würdigen zu können, aus weiterer Distanz betrachtet. Wir haben die Ueberzeugung, daß diese Bewegung die Zukunft für sich hat, daß sie sich ausbreiten wird von Oberschlesien bis Ermland über den gesammten preussischen Gebietstheil hin, und daß sie mit ihrem Gewicht alle unsere Koterien zu Boden drücken wird. Es ist das nur eine Frage der Zeit! Zunächst einer ungewohnten Naturerscheinung ähnelnd, besitzt sie ihre eigenartige Existenzberechtigung und ihre eigene Bahn. Sie in dem Moment des größten Schwunges zu zwingen, nach dem Mittelpunkt zu gravitiren, ist unmöglich; sie besitzt ihren eigenen Brennpunkt, wohin sie strebt. —

Das haben die Führer der Volksbewegung wohl begriffen und darum eine Partei gegründet, um jenen Brennpunkt sichtbar zu machen. Obgleich sie deswegen von den Erinyen unserer operettenhaften Jupiters verfolgt wurden, zogen sie gegen diejenigen zu Felde, welche die Biegsamkeit des Rückgrats der ganzen Nation zum politischen Programm erhoben. Wir behaupten entschieden, daß es sich in denjenigen unserer Kämpfe, die sich während der letzten Wahlen vollzogen, unsern Führern hauptsächlich um die Erhaltung ihrer Macht gehandelt hat, — mehr darum, als um das Prinzip. Die Flüche, welche sie gegen die Führer der Volksbewegung schleuderten, sind unaufrichtig gewesen. Es galt für sie nur die Partei zu schänden, welche ihre Curulensessel endgültig ins Wanken zu bringen begann. Das war eine Herausforderung; die Führer der Volksbewegung aber bewiesen nicht soviel Geist und Vorsicht, um die wahren Beweggründe zu entziffern und diese Herausforderungen mit diplomatischer Mäßigung abzuweisen. Sie ließen sich vielmehr von der Leidenschaft der Sektirer hinreißen und haben auf diese Weise ihre eigene Partei bei wahren Freunden der Volksbewegung in Mißkredit gebracht.

Heut hat die Erbitterung in unserer Volksgesamtheit an Kraft nachgelassen. Der Kampf wird bei den nächsten Wahlen von Neuem entbrennen. Indessen haben die Gegner diejenigen Stellungen innebehalten, welche sie bei den Kämpfen eingenommen hatten.

Die Volksparteiler sollen an einem Programm arbeiten, veröffentlichen es jedoch nicht; unsere „Autoritäten“ aus dem gegnerischen Lager jedoch verharren in olympischer Ruhe. In der einen Hand einen Kranz verbrauchter patriotischer Redensarten, in der anderen das veraltete Wahlreglement sind sie sicher, die erfolgreichsten Mittel zur Beschwörung des volksparteilichen Beelzebub zu besitzen. Sie sagen sich wie der Drache in der Wagner'schen Walküre: „Ich lieg und besitz'! Laß mich schlafen!“

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 20 der Gazeta Gdańska
vom 20. Februar 1896:

Starlin, im Februar.

Der geehrten Redaktion mache ich von einem Falle Mittheilung, der gewiß auch die benachbarten Wirthe in unserer Gegend angehen wird: Im vorigen Jahre kam ein Baumeister aus Neustadt hierher, um Gebäude abzuschätzen, eine Arbeit, die nicht mehr als zwei Stunden Zeit erforderte. Als Entschädigung für die Zeitverräumnis liquidirte der Herr Taxator für ein Gebäude 8 Mark, für zwei weitere 8 Mark, für vier weitere 12 Mark und wiederum für eins 9 Mark, zusammen 37 Mark. Abgesehen von der Ungleichheit der einzelnen Positionen, fällt die Liquidation um so mehr auf, wenn man die Vergütung des Herrn Landesdirektors in Erwägung zieht, welche in Nr. 6 des Löbauer Anzeigers vom 6. Februar 1896 bekannt gegeben ist. (Folgt ein Auszug aus den für Feuerversicherungstaxen im Kreise Löbau erlassenen Bestimmungen.)

Aus Nr. 21 der Gazeta Gdańska
vom 22. Februar 1896:

Seit einiger Zeit wohnte den Sitzungen des Vereins „Ognivo“ in Danzig der Polizei-Agent Herr Naporra bei, doch hatte ihn der Vorsitzende bisher niemals gefragt, im welchem Charakter er dies thue. Naporra stellte sich nämlich niemals vor, noch sagte er, auf Grund welches Rechts er erscheine. In der letzten Mittwochsitzung stellte das Mitglied Herr Miłski den Antrag, der Vorsitzende, Herr A. Skowczyński solle jenen Herrn fragen, ob er im Auftrage der Behörde komme und ob er einen von derselben ausgestellten Ausweis besitze, andernfalls ihn auffordern, das Lokal zu verlassen. Der Antrag wurde angenommen und der Vorsitzende richtete die bezügliche Frage an Herrn Naporra. Letzterer erklärte, er erscheine im Auftrage der Polizeibehörde, habe aber keine Legitimation, da er deren nicht bedürfe, indem er den Mitgliedern bekannt sei. Nimmehr erklärte Herr Miłski er kenne Herrn Naporra wohl, glaube aber dessen Worten nicht und nur eine Legitimation könne als Beweis dafür gelten, daß Herr Naporra in der That den Vereinsitzungen als Vertreter der Behörde beizuhöre. Der Vorsitzende forderte mithin Herrn Naporra auf, das Lokal zu verlassen; das that der Aufgeforderte nicht, sondern er löste die Versammlung auf und forderte die Versammelten auf, das Lokal zu verlassen, indem er erst nach vollzogener Auflösung irgend eine, den Anwesenden unbekannte Medaille sozusagen als polizeiliches Abzeichen vorwies. Die anwesenden Mitglieder gingen auseinander, doch wird der Vorsitzende die Rechte des Vereins wahrnehmen, da er die Auflösung der Versammlung für rechtswidrig ansieht; denn ein Polizei-Agent muß eine schriftliche Legitimation von seiner Behörde haben. Der Verein „Ognivo“ ist s. Z. durch gerichtliches Urtheil für einen politischen Verein anerkannt worden und hat von seinen Rechten auch Gebrauch gemacht. Die Polizei hat das Recht, ihren Vertreter in die Versammlungen zu entsenden, doch hat der Verein „Ognivo“ eben so das Recht, eine Legitimation zu verlangen. Eine den Vereinsmitgliedern von Weitem

gezeigte Medaille kann doch wohl kaum als Legitimation gelten und nur eine schriftliche Bescheinigung kann maßgebend sein. Der Verein „Ognivo“ kann sich über das Verhalten des Herrn Naporra bei der höheren Instanz beschweren. Im Strafgesetzbuch giebt es leider keinen Paragraphen, kraft dessen man in diesem Falle den Beamten zur Rechenschaft ziehen könnte. Nur wenn der Verein Verluste hätte aus Anlaß des rechtswidrigen Auflösens der Versammlung, dann könnte er auf Schadloshaltung klagen, nachdem er die ungesetzliche Auflösung der Versammlung nachgewiesen hat. Hier trifft jedoch dieser Fall nicht zu, es bleibt daher nur übrig, sich beschwerdeführend an die höhere Instanz zu wenden.

Aus Nr. 21 der Gazeta Gdańska
vom 22. Februar 1896:

Aus dem Kreise Puzig.

Das deutsche Vaterland ist, wie es scheint, in großer Gefahr gewesen. Der Pfarrer Eduard Stanislaus Orwed, apostolischer Missionar und königlich dänischer Dolmetscher der polnischen Sprache weilte eine zeitlang wie wo anders, so auch im Kreise Puzig. Er beabsichtigte, auch dem Pfarrer in Mechowo einen Besuch abzustatten. Bezüglich dieser Absicht war augenscheinlich das königliche Landrathsamt bereits unterrichtet worden. Wer weiß, welches Unglück für die Gesamtheit des preussischen Staates infolge der Konferenz — wie mir heute ein gewisser Bauernwirth sagte — des Missionars mit dem Mechowoer Pfarrer hätte entstehen können?! Darum vielleicht erschien, als jener Missionar am Abend des Fastnachts-Dienstags kaum auf der Pfarrei angekommen war, auf Befehl des Puziger Landraths ein Gensdarm und erklärte dem Missionar, es sei demselben nicht gestattet, in den Dörfern zu kollektiren, denn . . . Ein halbes Stündchen später kam der Gensdarm nochmals auf die Propstei mit dem an den Missionar gerichteten Befehl des Landraths, gleich am folgenden Tage um 10 Uhr Morgens bei demselben zu erscheinen; andernfalls werde sich der Landrath den Aufgeforderten vorführen lassen. — Sie können sich denken, wie dies den Pfarrer kränkte, nicht um seinetwegen, da solche polizeiliche Artigkeiten sein tägliches Brot sind, sondern weil man in seinem Hause auch den Gast, einen Priester so beehrt hatte, der von Andersgläubigen nicht einen Heller haben wollte, obgleich seitens derselben bald für „Bethel“, bald für ein „Diakonissen-Krankenhaus“ alle Augenblick Bettler in Pfarrhöfen und katholischen Häusern vorsprechen; kein Pfarrer, kein Pole fragt sie um die Erlaubniß hierzu, noch richtet man auf der Polizei ein Augenmerk darauf. Jetzt, wo Ihr von Amtswegen belehrt seid, wißt Ihr, gutmüthige Polen, wie Ihr Euch zu verhalten habt, so nämlich: nach der Erlaubniß müßt Ihr zwar nicht fragen, sondern „Bettelleuten“ jeglicher Art die Thür weisen. Die Mechowoer Parochianen sind im Innersten entrüstet, denn Gensdarmen auf den Pfarrhof schicken, das ist ja gerade wie zu den Zeiten des Kulturkampfes! Im gegebenen Falle einen friedlichen Missionar festnehmen, das kann die Katholiken nolens volens gradezu zur Verzweiflung treiben?! Nur der Kreis Puzig kann sich dessen rühmen, einen katholischen Missionar angehalten und in das Bureau eingekerkert zu haben wie einen Räuber oder deutschen Betrüger à la Freiherr v. Hammerstein! Dir, Kreisstädtchen Puzig, gebührt jetzt ein Lorbeerfranz für das Verdienst, daß jetzt das Vaterland hochaufathmen kann! O, Puzig, Puzig, Du einst so reiches und glückliches Städtchen, Du warst vor Wonne trunken und vor

Vix Barra, als die telegraphische Mittheilung einlief, daß Du mit einer Stimme Mehrheit in die Reihe der Kreisstädte erhoben worden seist! Heute fließt Dir bereits jener durchdestillirte Vix Barra als bittere Thränen aus den Augen! Warte nur und schlafe gleichgültig in Lethargie weiter, dann werden Dir Deine Neuglein so auslaufen, daß Du farbenblind werden wirst! Du wirst denken, daß jene „Trostesengel“ am Kranken- und Todesbette in Deinen Mauern, die „Barmherzigen Schwestern“ seien, aber es werden Diakonissinnen sein — schneller als Du erwachen wirst, bis Du des katholisch-polnischen Gewandes ganz entkleidet, auch katholischer Besitzthümer und Häuser bar beim Vix Barra den triumphirenden Vivatruf hören wirst: „Hoch die deutsche, hoch die evangelische Kreisstadt Puzig Wpr.“

Aus Nr. 47 der Gazeta Toruńska
vom 26. Februar 1896:

Ein polnischer Volksverein

ist in Binkowka (?) bei Kosofskien gegründet worden. Er zählt 64 Mitglieder. Vorsitzender ist Pfarrer Jaborowski in Starogrod.

Aus Nr. 23 der Gazeta Grudziądzka
vom 25. Februar 1896:

Ein polnischer Turnverein (Sokol)

ist in Berent (Westpr.) gegründet worden. Es gehören ihm 30 Mitglieder an. Vorsitzender ist J. Sojecki.

Aus Nr. 46 der Gazeta Toruńska
vom 25. Februar 1896:

Merkwürdig ist die Verbissenheit dieser Deutschen den Polen gegenüber. Wider Willen drängt sich hier der Gedanke auf: „So lange die Welt Welt bleibt, wird der Pole nicht des Deutschen Bruder sein.“ Die H.-R.-Listen betrachten die Polen für Eindringlinge. Die Deutschkatholiken sehen mit löblichen Ausnahmen die Polen nur als Sauerteig an und möchten dieselben wie die Boa beledern, mit Speichel überziehen und dann verschlingen, d. h. assimiliren, verdeutschen. Fast jeder Deutsche hat dieses Raubäckerchen. In Oberschlesien verurtheilen die Zentrumsleute das gewaltsame Germanisiren, doch loben sie das sanfte, behutsame; in Westfalen drücken sie die Polen mit Gewalt und verschreien sie als Sozialisten und Aufrührer, in Westpreußen aber haben sie „wegen Ueberfülle an Arbeit“ keine Zeit, die Kinder polnisch den Katechismus zu lehren. Wenn in und bei Danzig und Königsberg germanisirt wird, weshalb stellen dann diejenigen, welche die betreffenden Herren kennen, dieselben nicht an den Pranger? Das Licht unter den Scheffel stellen und des lieben Friedens wegen Sachen, die geradezu himmelschreiend sind, verschweigen, das ist doch sündhaft und ungehörig. Heraus mit den Namen! Wenn in Westfalen Deutsche die Polen verfolgen, da sind sie ja nicht werth, daß man ihnen bei den Wahlen behilflich ist und beträfe es auch nur eine Person wie Herrn Fuchs. Ohne die Polen fällt Herr Fuchs in Bochum durch. Man theilt uns aus Westfalen mit, die dortigen Polen würden sich, wenn ihre Vereine von den Deutschkatholiken hinfantirt würden, bei den künftigen Reichs-

tagswahlen der Abstimmung enthalten. Es sieht so aus, als wollten uns die Deutschkatholiken heut absichtlich zum Aeußersten treiben. Was sie wünschen, kann ihnen werden. Verstehen sie unsere Gefühle nicht zu achten, so muß man sie lehren und zwingen, sich in den Grenzen des Anstandes zu halten und sei es auch nur den verhassten Polen gegenüber.

Aus Nr. 45 des Dziennik Poznański
vom 23. Februar 1896:

Die Muttersprache.

Unter obigem Titel schreibt das Masurenblatt *Gazeta Ludowa* Folgendes: „In Nr. 8 der *Gazeta Ludowa* theilten wir mit, daß die Lithauer die Einführung ihrer Muttersprache verlangen. Heute geht uns die Nachricht zu, daß in der vergangenen Woche eine Versammlung der Nationallithauer in Tilsit stattgefunden habe, welche beschlossen haben, an Seine Majestät den Kaiser eine Bittschrift in Betreff der Ertheilung des Unterrichts in den Volksschulen an die lithauischen Kinder in deren Muttersprache zu richten. Gleichzeitig wurde auch der Beschluß gefaßt, eine aus sieben Personen bestehende Deputation zu entsenden, welche dem Kaiser eigenhändig die Bittschrift überreiche. Im nächsten Monat wird sich die Deputation nach Berlin begeben und sie beabsichtigt, dem Kultusminister persönlich die traurige Lage der lithauischen Kinder vorzustellen. Die Bittschrift zählt zur Zeit 30 000 Unterschriften. — Wir wünschen diesem Unternehmen viel Glück! — Aus obiger Mittheilung ersehen wir, mit welchem Eifer die Lithauer für ihre Muttersprache eintreten. Wie sollte aber auch der Lithauer nicht die Gottesgabe vertheidigen! Man sieht, daß er sich seiner Rechte bewußt ist und mehr Bildung, wie wir, besitzt. Es ist zwar unangenehm, doch müssen wir, wenn auch schweren Herzens die reine Wahrheit sagen und den Lithauern die geistige Ueberlegenheit einräumen. Wir polnischen Protestanten sind selbst daran schuld, daß die Bildung erst jetzt in unsere Hütten eindringt. Doch wie kommt sie zu uns? In der einen Hütte wird sie mit offenen Armen empfangen und man freut sich über ihr Eindringen, in den anderen sieht man sie mit scheelen Augen an. Es giebt auch Familien, welche vor der herannahenden Bildung die Thür mit Steinen und eisernen Balken verrammen. Solche Leute fürchten die Bildung, wie das Pferd die Peitsche. Für ein Buch oder für eine Zeitung scheuen sie sich, einen Gutengroschen auszugeben, zum Schnaps aber und zum Aneipen thut ihnen auch ein ganzer Thaler nicht leid! Wir wundern uns auch gar nicht, daß unsere Muttersprache so stiefmütterlich behandelt wird, daß sich Niemand unserer Kinder annimmt, um dieselben zu gottesfürchtigen und nützlichen Staatsbürgern zu erziehen. Im Ganzen giebt es 150 000 Lithauer, wir protestantischen Polen zählen fünfmal so viel. Trotzdem es im Verhältniß zu uns nur so wenig Lithauer giebt, besitzen dieselben 8 Zeitschriften! Und wir Protestanten, wie viel Blätter haben wir, trotzdem wir so Viele sind? Es ist eine Schande für uns, daß wir nur eine Zeitung, die *Gazeta Ludowa* besitzen; das zweite Blatt können wir unmöglich dazu rechnen, weil dasselbe zur Hälfte in polnischer und zur Hälfte in deutscher Sprache erscheint; das heißt also so viel, als wolle es Gott und dem Teufel zugleich dienen. Obwohl wir nur die eine Zeitung haben, wird dieselbe noch zu wenig gelesen, hat sie noch zu wenig Besteller. Nehmen wir uns deshalb zusammen, werfen wir einen Blick tief in unsere Herzen und öffnen wir die Augen, um die ungeheure Leere zu sehen, die uns umgiebt. Die *Gazeta Lu-*

dowa ist das Blatt, welches die Leere ausfüllen, unsere Unwissenheit beseitigen kann. Ein Theil unseres Volkes erkannte die Lücke, sieht die Folgen, welche die Bildung mit sich bringt und unterstützt unser Blatt, nicht durch Ueberhebung, sondern durch ehrliche und gewissenhafte Arbeit, weil es weiß, daß das Blatt nur das Wohl unseres Volkes, dem es dient, im Auge hat. Möge daher den Lithauern mit Gottes Hilfe ein so edles Werk gelingen, wir werden ebenfalls mit des Allmächtigen Hilfe unseren Monarchen bitten, daß er von den Herzen der Eltern, die für die Erziehung ihrer Kinder vor Gott verantwortlich sind, den Stein entferne! . . .

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 15 der *Gazeta Opolska*
vom 21. Februar 1896:

Gründung eines neuen Vereins.

Am Sonntag, den 16. d. Mts., fand in Szczybrzyt eine Versammlung Zwecks Gründung eines polnisch-katholischen Vereins statt. Eröffnet wurde die ungemein zahlreich besuchte Versammlung durch den Ackerwirth Koch, worauf ein gewisser Nowicki aus der Druckerei der *Gazeta Opolska* und ein Herr Porada sprachen, erhielt der neue Verein, welchem sofort 27 Mitglieder beigetreten sind, den Namen „*Nadzieja*“ (die Hoffnung). Auch war ein Deutscher in der Versammlung erschienen und schwatzte allerlei durcheinander, doch gab ihm p. Porada zu verstehen, daß er sich in Sachen, die ihn nichts angingen, nicht einzumischen habe, so daß der ungebetene Redner es für angezeigt hielt, den Degen einzustecken und zu verschwinden.

Aus Nr. 23 der *Nowiny Raciborskie*
vom 22. Februar 1896:

Bauernvereine.

Peiskretscham.

Im vorigen Jahre besuchte ich einmal eine Sitzung des katholischen Volksvereins in Strehlen; es gefiel mir dort sehr gut, weil ich zum ersten Mal ein vierstimmiges polnisches Lied auf den heil. Vater und den Kaiser gehört habe. Ueberhaupt war dort Alles, weil die Vereinsmitglieder lauter Polen sind, wie es nicht mehr wie recht und billig ist, polnisch. Anders verhält sich leider die Sache in unserem Bauernvereine in Peiskretscham, welcher sich aus 46 Mitgliedern, lauter Polen, zusammensetzt, mit Ausnahme von dreien, die zwar nicht geborene Polen sind, doch polnisch verstehen. Vor Kurzem hielt hier Herr Direktor Wodarz aus Oppeln einen Vortrag über den Ackerbau. Vor Beginn seiner Rede fragte er, ob wir wünschen, daß er in deutscher oder polnischer Sprache rede? Ein braver Pole erhob sich und bat um einen polnischen Vortrag. Dies war jedoch vergebens, denn unsere Leute verhielten sich gleichgültig, während die Einwohner von Schönwald, die nur deutsch sprechen, wie ein Mann zusammenhielten. Als der vorerwähnte Pole für den polnischen Vortrag eintrat, wurden Stimmen laut: „Peiskretscham ist deutsch.“ Auf unserer Seite erhoben sich nur sieben Vereinsmitglieder, der Vortrag wurde in Folge dessen in deutscher Sprache vorgetragen. In der Versammlung waren jedoch Viele anwesend, welche des Deutschen nicht mächtig sind. Dieselben

tragen selbst die Schuld daran, warum standen sie nicht auf? Schämten sie sich ihrer Muttersprache? Es ist sehr bedauerlich, daß die unglückselige Verdeutschung sich so sehr verbreitet. Anfangs dieses Monats fand eine Versammlung in Betreff der landwirthschaftlichen Winterschule statt. Unter dem Vorsitz unseres Herrn Pfarrers sprachen Dr. Heißig-Gleiwitz und der Gutsbesitzer von Brink bei Tworog. Es wurde 2½ Stunden deutsch und etwa 2½ Minuten polnisch gesprochen, obwohl die Polen um einen polnischen Vortrag ersuchten. Ein „Hoch“ den zum Strehlitzer Verein gehörenden Polen. Ich bedauere, daß ich nicht dasselbe zu Ehren aller Landsleute in Peiskretscham thun kann.

Aus Nr. 23 des Katolik
vom 22. Februar 1896:

Wildschaden.

Aus der Gegend von Pleß.

Wie der Katolik mittheilt, geht die Regierung mit dem Gedanken um, die traurigen landwirthschaftlichen Verhältnisse aufzubessern. Wir haben verschiedene Wünsche. Vor Allem aber geht es uns darum, daß das Wildschadengesetz abgeändert werde. Mit dem jetzigen Gesetz kann sich kein Landwirth einverstanden erklären. Die Großgrundbesitzer in der Umgegend halten in ihren ausgedehnten Forsten große Wildbestände zu ihrem Vergnügen und zu unserem Schaden. Der unseren Feldern zugesügte Wildschaden wird auch nicht zum zehnten Theil so ersetzt, wie es sein müßte. Das Wildschadengesetz muß daher durchaus geändert werden. Ferner wäre es sehr wünschenswerth, wenn die Eigenthümer größerer Waldungen, wie z. B. der Fürst von Pleß, gestatteten, daß die kleineren Grundbesitzer Waldbütungen pachten dürften. Zweifellos würde sich dadurch die Lage manches kleineren Besitzers günstiger gestalten. Schließlich will ich hier noch erwähnen, daß die Regierung doch für die Regelung der in den Grundbuchakten als freitrag eingetragenen Grundstücke Sorge tragen müßte. Wenn alle diese Sachen zu unseren Gunsten erledigt würden, könnte manchem von uns geholfen werden und viele der schönen Wirthschaften hier selbst brauchen nicht zwangsweise versteigert zu werden.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 41 der Gazeta Toruńska
vom 19. Februar 1896:

Von dem ehrwürdigen Pfarrer Dr. Liß erhalten wir folgende Zuschrift:

„Ich hatte erwartet, daß in Westfalen endlich der erwünschte Friede eintreten werde, daß meinerseits unangenehme Enthüllungen und Aufklärungen nicht mehr nöthig sein würden und die Zeit alle Wunden heilen werde, doch leider habe ich mich geirrt.

Wenn es Leute giebt, die nicht Frieden halten wollen, so glaube ich, können sie nicht verlangen, daß man sie schon und über Alles den Mantel der Liebe breite. Es giebt Grenzen, wo auch die Geduld ein Ende hat. Doch worum handelt es sich? Ich habe aus Westfalen folgende Mittheilung erhalten.

Soentrop, 12. 2. 1896.

Achtungsvollen Gruß dem hochw. Pfarrer Dr. Liß. Am 9. Februar hatten wir polnische Andacht.

Der hochw. Pater Kamillus fragte mich, ob wir Vereinsitzung haben würden. Ich entgegnete ihm: „Sogleich nach der Andacht!“ Er: „Ich werde im Namen des Herrn Propstes zu Euch kommen!“ Das erste Wort war: „Euer Vorsitzende hat ebenfalls die Bochumer Resolution unterschrieben. Gewiß werdet auch Ihr auf dem Boden dieser Resolution stehen. Das Geld, das Ihr nach Bochum (für den Josaphatfonds Red. d. Gef. Ueberbl.) sendet, solltet Ihr ausschließlich nach Nevigis schicken. Ebenso wie Ihr das Geld nach Bochum an Herrn Bielinski (Rendant des Josaphatfonds Red.) sendet, könnt Ihr es auch nach Berlin an Bebel schicken, das ist dasselbe.“ Ich gab auf diese Worte nur zum Bescheide, Herr Bielinski habe noch nie etwas veruntreut und wenn die Patres Anspruch auf das Geld erhoben, dann sollten sie sich an den Herrn Pfarrer Liß wenden, wir würden es ihnen dann zustellen. Mindestens dreimal fragte Pater Kamillus, ob man auf seinen Vorschlag eingehen wolle; Johann sagte er: „Wenn Ihr eigenrinnig sein werdet, dann wird Eure Fahne von heute an nicht mehr in die Kirche genommen, morgen aber auf die Straße in den Kinnstein geworfen, dort könnt Ihr sie Euch holen.“ Weiter sagte Pater Kamillus, der Herr Pfarrer Dr. Liß habe, als er Bochum verließ, zu den dortigen Pfarrern gesagt, er werde dem Paderborner Herrn Bischof noch viel Unfrieden säen. Nicht der Herr Pfarrer, sondern ein Polizist werde in Zukunft Ehrenvorsitzender unseres Vereins sein.

Ich ersuche den hochw. Herrn Pfarrer Dr. Liß um Antwort.

Der Vorsitzende des St. Adalbertvereins in Soentrop.
Johann Borucki.

Auf Wunsch gebe ich öffentlich Bescheid, denn es ist keine Nothwendigkeit vorhanden, das Licht unter den Scheffel zu stellen.

Am 1. Juli 1894 verließ ich Bochum, und fuhr auf 4 Wochen zur Rettung meiner Gesundheit nach Bellrich an der Mosel. Auf der Rückreise nach der Diözese Kulm besuchte ich Bochum, um meine Sachen abzuholen und mich zu verabschieden. Ich ging auch zu dem Pfarrer Harbort und äußerte mich ihm gegenüber so: „Herr Pfarrer! Ich verlasse Bochum in großem Schmerz, denn ich weiß, daß Tausende von Landsleuten hier geistlicher Hilfe sehr bedürfen, während man nicht hört, daß ein polnischer Priester an meine Stelle treten soll. Ich habe nach Paderborn geschrieben und vorgestellt, daß ein polnischer Seelsorger von Nothen sei, doch geruhete man, mir überhaupt nicht zu antworten. Es lohnt sich also nicht zu schreiben, doch weiß ich, daß Sie, Herr Pfarrer, beim Bischof großes Vertrauen genießen. Bitte, theilen Sie demselben mit, daß ich nach einer gewissen Zeit, wenn kein polnischer Priester hierher kommen sollte, die hiesigen Verhältnisse genau schildern und nach Rom berichten werde. Ich weiß, daß das dem Herrn Bischof unangenehm sein wird. Ich bitte, ihm das zu sagen, damit er sich dann nicht über mich beklagt.“ Darauf erwiderte Pfarrer Harbort: „O, nach Rom ist es weit!“ Ich entgegnete: „Möglich, daß es für Manchen weit sein mag, doch für mich ist es sehr nahe. Ich sende meinen Bericht zu Händen des Kardinals Ledochowski, dem ich persönlich bekannt bin, dann wird der Papst den Brief zweifellos bekommen. Und sollte man mir nicht glauben, so berufe ich mich auf 10 Zeugen, meine Gehülften nämlich, wie noch hier polnische Seelsorge thut.“ Darauf sagte Pfarrer Harbort, schnellen Schritts in der Stube auf und abgehend: „So stehen die Finanzen! So stehen die Finanzen!“ „Ja so stehen sie!“ entgegnete ich und damit schied ich.

Als andre Pfarrer sich mit ironischem Bedauern darüber äußerten, daß auf meine Stelle kein polni-

scher Priester kommen werde, entgegnete ich: „Warten wir es ab! Der Herr Bischof würde in diesem Falle in Rom Aufschluß zu geben haben.“

Das ist die ganze nackte Drohung, und welches ihre Folgen? Ich kam nach Rumian und wartete. Plötzlich kam die Mittheilung: „Pfarrer M. ist in Bochum eintreffen.“ „O, Gott sei Dank“, dachte ich, und es fiel mir wie ein Stein vom Herzen.

Doch blieb Pfarrer M. nicht lange in Bochum; die eifrige Polizei witterte den Jesuiten und Pfarrer M. mußte weichen.

Nach Pfarrer M. kam Pfarrer Leichert (— angeblich von mir gesandt! Wer lacht da? Pf. L.) nach Bochum, doch wurde er nicht angenommen und so wandte er sich nach Köln, wo er noch heute weilt. Nicht lange dauerte es, so kam die Nachricht, die Patres Franziskaner würden die Seelsorge über die Polen übernehmen. Gut, dachte ich, da ich sicher war, daß die westfälische Angelegenheit nunmehr endgültig erledigt sei.

Das war der Erfolg meiner „Drohung.“ Die Behauptung, ich hätte gesagt, ich würde dem Bischof von Paderborn noch viel Unfrieden stiften, ist also eine Verleumdung. Wer das behauptet, der kennt gewiß das 8. Gebot nicht mehr. In mir müßte ja ein böser Geist sein Unwesen treiben, sollte ich einem Bischof zum Tode Unfrieden säen.

Nein, hochw. Pater Kamillus! Einen solch bösen Geist beherberge ich nicht; doch Ihr, hochw. Fratres, schaut nur zu, daß . . . Ihr nicht Unfrieden unter den Polen Westfalens säet!

Daß ich später für die Vereine, den Bivarus, Josaphatfonds und die polnische Nationalität schützend eingetreten bin, daran war nicht ich, sondern waren die Fratres schuld, welche die Polen mit Drohungen, Schimpfworten, lügenhaften Erzählungen und Verdächtigungen terrorisirten und noch terrorisiren. Allzuviel ist ungesund, und die Polen in Westfalen lassen sich nicht auf den Nacken herumtreten. Ich werde mich allein mehren, doch dem Verein in Gœntrop rathe ich, die Worte des Pater Kamillus genau und getreu zu notiren, eine Beschwerde nach Paderborn einzureichen und, falls der Verein dort nichts ausrichten sollte, sich an den Herrn Erzbischof in Köln zu wenden. Wäre auch das ohne Erfolg, dann gehe man direkt nach Rom, damit man daselbst wisse, wie zwei Franziskanerpatres unter den Polen für Bebel arbeiten.

Pfarrer Lf.

Anmerkung. Jrgend ein Hasenfuß aus Westpreußen hat sich vor Kurzem bei dem Kurier Poznanski darüber beschwert, daß die Gazeta Torunska von Zeit zu Zeit verschiedentliche Mittheilungen über westfälische Verhältnisse bringe. „Cui bono?“ fragt er. „Was wird die Folge sein, wenn die Deutschkatholiken in Westfalen das erfahren?“

Ich antworte: „Nichts wird sein! Die Deutschen, die Scham haben, werden sich schämen und die Polen nichts dabei verlieren. Mir scheint, die Zeiten sind vorüber, wo die Deutschkatholiken die Polen über den Haufen reiten könnten. Dixi.“

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 42 der Nowa Reforma
vom 20. Februar 1896:

Posen, 17. Februar.

Die polnische Reichstagsfraktion ist getadelt worden, wunderbarer Weise von dem Organ unsrer Loyalisten und noch dazu völlig mit Recht. In der

That ist es schwer zu begreifen, daß gelegentlich deinteressanten, die ganze Welt beschäftigenden Diskussion des deutschen Reichstages über die Transvaalangelegenheit, sowie über die Bethheiligung der deutschen Regierung und des Kaisers an derselben die polnischen Abgeordneten eine merkwürdige Zurückhaltung beobachtet, ja dabei nicht einmal den Mund geöffnet haben. Es war hier eine prächtige Gelegenheit geboten, den Deutschen, sowie der ganzen Welt die rechtlich-politische Lage der polnischen Bevölkerung im preussischen Gebietstheil ins Gedächtniß zu rufen, insofern, als der Leiter der deutschen Politik, Freiherr von Marschall die deutsche Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit in der Politik demonstrativ hervorhob und damit unsre Abgeordneten geradezu herausforderte zu konstatiren, wie diese Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit in der Praxis aussieht.

Indem Freiherr von Marschall das Verhalten der deutschen Regierung in der Transvaalfrage entschuldigte, führte er Folgendes aus: (Folgt eine Wiedergabe der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs. Red.)

Bringt diese Erklärung nicht die Deklarationen in Erinnerung, welche die Nachfolger der einstigen Lehnsleute Polens vor jedem Attentat auf die Unabhängigkeit der Republik abgaben? In der That klingt eine derartige Deklaration im Munde der Vertreter der preussischen Regierung merkwürdig; denn Leiter der deutschen Politik sind preussische Diplomaten, deren Vorgänger alle internationalen Abmachungen und die feierlichen Eidschwüre der preussischen Könige, welche die geraubten Landestheile der ehemaligen Republik betrafen, mit Füßen traten und heut noch treten. Vielleicht war die Deklaration des Freiherrn von Marschall über die Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit der deutschen Politik nur eine schön klingende, hohle Phrase, darauf berechnet, England Sand in die Augen zu streuen; doch war damit den im deutschen Reichstage sitzenden Vertretern der polnischen Nation eine überaus dankbare Gelegenheit geboten, um hervorzukehren, inwieweit ähnliche, von preussisch-deutschen Diplomaten abgegebene Erklärungen der Wirklichkeit entsprechen. Hat das preussisch-deutsche Reich, das die Unabhängigkeit holländischer Büren vertheidigt, dagegen drei Millionen Polen, denen es weitgehende politische und nationale Freiheiten verhieß, erbarmungslos knechtet, das Recht zu fordern, daß England nackten Versicherungen Glauben schenke? Es handelt sich jedoch überhaupt nicht um England; hier galt es, der Welt an dem Beispiel Polens darzulegen, daß solche Deklarationen gar keinen Werth haben, wenn die preussisch-deutsche Regierung nicht geruht, die feierlichen, durch Königliches Wort bestätigten, einem drei Millionen Köpfe zählenden Bruchtheil der polnischen Nation gegebenen Versicherungen zu halten. Es galt, Europa darauf hinzuweisen, daß man den Polen keine dieser Versicherungen gehalten hat, daß der Staatsmann, welcher sich bis vor Kurzem am Steuer der Politik Preußens und Deutschlands befand, sich nicht scheute, den Werth von Versprechungen preussischer Könige niedriger als einen Heller zu schätzen, daß die preussische Regierung bestrebt ist, entsprechend dieser Geringschätzung jener Verheißungen, die polnische, außerhalb des Gesetzes gestellte Bevölkerung auf politischem, nationalem und wirtschaftlichem Gebiet zu treten; es galt unter Hinweis auf die Bereitwilligkeit, die politische Unabhängigkeit des kleinen südafrikanischen Staates zu schützen, die in dieser Beziehung besorgte preussisch-deutsche Politik zu loben, gleichzeitig aber zu fordern, daß man die Rechte der polnischen Bevölkerungsgleichmaßen achte.

Unsre Abgeordneten haben den rechten Augenblick verschlafen; sollte der Karneval ihre Kräfte in so hohem Grade in Anspruch genommen haben? Als es sich

um die Festlichkeiten bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals handelte, da fuhren alle ohne Ausnahme nach Kiel, um ihr Mandat auszuüben; ja selbst diejenigen fanden sich daselbst ein, welche als erklärte Gegner der Versöhnungspolitik in die Fraktion eingetreten waren und an ihre Wähler hochtrabende „offene Briefe“ gerichtet hatten. Das Schweigen der polnischen Abgeordneten in der Donnerstagssitzung des deutschen Reichstages ist um so verwunderlicher, als einige von ihnen bis in die letzten Tage hinein sich lebhaft an den Beratungen über selbst unwesentliche Angelegenheiten betheiligt hatten. Es ist recht, daß unsre Vertreter Interesse für alle, selbst die geringfügigsten Fragen befunden, um den Deutschen zu zeigen, daß sie etwas davon verstehen; ihre Hauptpflicht ist aber der Schutz unserer politischen und nationalen Rechte, und es ist ihnen nicht gestattet, Kleinigkeiten halber wesentliche Sachen, welche die Gesamtheit der Polen angehen, aus den Augen zu lassen.

Der sozialistische Abgeordnete Bebel machte dem deutschen Gesandten in Wien den berechtigten Vor-

wurf, daß dieser nicht zur Stelle gewesen sei, als sich auf der Balkanhalbinsel mit dem Augenblick der Ermordung Stambulows eine wichtige politische Wendung zu vollziehen begann. Wir können unsern Abgeordneten nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in dem wichtigen Augenblick nicht zur Stelle gewesen sind, als der maßgebende Vertreter der deutschen Politik öffentlich die Versicherung abgab, der Deutsche bedrücke Niemanden, da dies sich nicht mit seinem deutschen Charakter vertrage. Daß in diesem Augenblick sich keine polnische Stimme erhoben hat, ist ein schwerer politischer Fehler, da man eine Gelegenheit versäumte, die sich so leicht nicht wieder bieten dürfte. Darum ist also das Verdammungsurtheil, welches in dem Organ der polnischen Loyalisten an die Adresse unsrer Volksvertretung gerichtet worden ist, durchaus begründet. Ohne Zweifel wird sich dies noch wiederholen, was das Ansehen unsrer Vertreter in Berlin keineswegs heben wird. Möge sich die Fraktion die Schuld dafür selbst zuschreiben!